



ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Lew Kopelew Preis

Festrede von Jean Asselborn

Köln, den 07.04.2019

Version 06. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Erlauben Sie mir unkonventionell vorzugehen und eingangs dieser Festrede den Vertrag der Europäischen Union, aus Artikel 2 und Artikel 3 zu zitieren.

Werte der Union

Artikel 2

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit

und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Ziele der Union

Artikel 3, Absatz 3, 3. Satz:

„(Die Union) fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“.

3 Stellen sind hier besonders herauszustreichen.

- 1.)Die Werte beziehen sich auf die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich die der Minderheiten,
- 2.)Sie sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam,
- 3.)Die EU fördert die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Wenn die Geschichte der EU der ersten 2 Jahrzehnte dieses 3. Jahrtausends einmal geschrieben wird, wird sich zeigen, dass das

politische Gebilde „Europäische Union“ zwei große Herausforderungen bemerkenswert gemeistert hat.

Einmal die Wiedervereinigung West- und Osteuropas, vertraglich und solidarisch zu meistern, und zweitens sich der Finanz- und Wirtschaftskrise von vor 10 Jahren, wenn auch nicht perfekt, so doch wirksam entgegen zu stellen.

Eine dritte Herausforderung hat diese Union jedoch nicht parieren können. In der Migrationsfrage ist sie, zu meinem tiefen Bedauern, am eigenen Anspruch auf Menschlichkeit und Solidarität gescheitert.

Stellen wir uns nun bildlich vor, die Inkonsequenz in Sachen Solidarität, dieses Ausscheren von Mitgliedstaaten wie wir es seit 2015 in der Migrationspolitik gesehen haben, hätte – wenn auch nur ansatzweise – in den Finanz- und Haushaltsfragen, vom EURO nicht zu reden, in derart ungeordneter Weise stattgefunden.

Es gäbe dann sicherlich keinen EURO mehr, vielleicht keine EU mehr denn die Mitgliedstaaten hätten auf- und abgewertet, die Wirtschaft

wäre eingebrochen, sozialpolitisch wäre die EU total geschwächt gewesen, durch die Inflation und die Arbeitslosigkeit. Der Sinn des Gemeinschaftlichen wäre zerbröckelt.

Es ist nicht ermutigend schlussfolgern zu müssen, dass in Europa auf materieller Ebene, Vernunft, Disziplin und Einsicht zur Solidarität und Verantwortung bestehen, dass aber, wenn es um menschliche Werte geht, also um die Menschenwürde oder um die Einsicht, dass Kriege und Destabilisierung Menschen in die Flucht treiben, eine Blockade einsetzt, die im Grunde genommen in der europäischen Kultur der Menschenwürde - ganz zu schweigen von der Verinnerlichung unserer eigenen Geschichte - ein No-Go sein müsste. Dies umso mehr, da die europäischen Verträge, wie am Anfang aufgezeigt, unzweideutig sind.

Weder religiöse noch sprachliche noch ethnische Unterschiede können und dürfen Anlass sein für Ablehnung, von Menschen auf der Flucht.

Ich kann, und ich will, hier keine politischen Prozesse aus dem Rat der EU auflisten, sondern versuchen, in aller Kürze subjektiv zu schildern was ich als Minister in der EU empfinde.

Es gibt, und ich sage das nicht um die EU zu entschuldigen, natürlich keine einfachen, festen, nur auf Menschlichkeit und Barmherzigkeit aufgebauten Regeln für alles was mit Migration und Flucht zu tun hat. Aber der Respekt vor dem Basisgedanken der Genfer Konvention muss Pflicht sein in der Europäischen Union.

Lassen Sie mich dies näher erläutern:

Es gibt „systemische“ Anzeichen - wie die Bänker sagen würden – die eine geordnete und humane europäische Migration und Flüchtlingspolitik zu Fall gebracht haben.

Seit 2011 wusste man, dass der Krieg und die Vertreibung in Syrien auch Auswirkungen auf Europa haben würde. Viele hofften auf die Türkei, dass sie wie ein Schwamm im Stande wäre die Vertriebenen aufzunehmen. In der Tat haben bis zu 3,5 Millionen Syrer in den Städten der Türkei Aufnahme gefunden.

Parallel zog es nach dem Sturz Gadaffi's aus Libyen, einem Land in totaler Destabilisierung, ja Anarchie, immer mehr Menschen aus Furcht vor dem dort herrschenden Chaos über das Mittelmeer.

Lampedusa in Italien wurde ein Ort menschlicher Verzweiflung für Fluchtsuchende aus Libyen, wenn sie denn lebend ankamen. Genauso wie Lesbos und die umliegenden Inseln in Griechenland, Auffangorte wurden auf dem Fluchtweg durch die Türkei nach Europa.

Luxemburg hatte ab dem 1. Juli 2015 den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft. Als Immigrationsminister hatte ich, insbesondere, den zuständigen Rat für Asyl-und Immigrationsfragen zu führen. 2015 hat man nie einen Mitgliedstaat gehört, und schon gar nicht öffentlich, auch nur anzudeuten, dass die Rettung von Menschen aus dem Meer nicht das oberste Gebot unserer Einstellung zur europäischen Zivilisation schlechthin wäre.

Konkret war schon im Oktober 2013 unter dem damaligen, sehr aufgeschlossenem, Innenminister Angelino Alfano, eine italienische Mission „Mare Nostrum“ aufgebaut worden. Mare Nostrum kostete Italien damals 100 Millionen Euro, es wurden 100.000 Menschen gerettet und nach Europa gebracht.

Die Mission Triton, die ab dem 1. November 2014 bis zum 31 Januar 2018 lief hat 285.721 Migranten aus dem Meer gerettet.

Zwischen 2015 und 2019 sind 5824 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Heute muss in der EU ein Kampf gegen die Auflösung der Operation „SOPHIA“ geführt werden, eine Operation die an erster Stelle ein Instrument war um gegen Menschenschmuggler vorzugehen, und den Waffenhandel nach und aus Libyen zu unterbinden. Im Streit mit dem heutigen italienischen Innenminister Salvini konnte zurzeit nur die Luftüberwachung noch einmal um 6 Monate verlängert werden.

Systemisch hat sich Fundamentales zum „Falschen“ gedreht.

1. Die EU hat sich fast hermetisch abgeschirmt. Die Zahl der Antragsteller auf internationalen Schutz ist um 90 % zurückgegangen. Eine logische Konsequenz. Dies ist aber weder ein Sieg noch eine nachhaltige Lösung in einer Welt wo Mauern, heute genau wie im 20. Jahrhundert, nur auf ihr Zusammenbrechen warten. In der Zwischenzeit führen solche falschen Lösungen aber zu Spannungen und Konflikt. Auf unserem Kontinent wie auf anderen.

Das Retten von Menschen im Meer ist heute in der EU kein oberstes Gebot mehr, um es faktisch zum Ausdruck zu bringen, sondern wird als „Pull-Faktor“ gesehen, also auf Deutsch: je weniger im Meer gerettet werden, umso weniger wagen sich aufs Meer um zu uns zu kommen.

Das geht soweit, dass wir es in der EU im zweiten Semester 2018 mit einer Ratspräsidentschaft zu tun hatten die behauptete, dass es keine „maritime Migration“ mehr gäbe. Kanzler Kurz war da sehr formell und entschieden.

2. Ich kann mich noch sehr gut an 2015 erinnern, als viele sagten, dass man, wenn die große Krise vorbei wäre, gemeinsame Wege finden würde, um der legalen Migration eine Chance zu geben. Jeder vernünftige Mensch weiß ja auch, dass es kein Land der EU, kein großes Land, und kein kleines Land, schafft uneingeschränkte Zahlen von Menschen innerhalb ihrer Grenzen aufzunehmen und in ihre Gesellschaft zu integrieren. Was allerdings möglich ist, ja für viele EU-Mitgliedstaaten durchaus von Nöten ist, auch um demographisch gesehen der Veralterung der Bevölkerung

entgegenzuwirken, ist eine verträgliche Zahl von Menschen von außerhalb der EU geregelt aufzunehmen.

0,02% von 500 Millionen zu integrieren im Jahr, wären 100.000 Menschen. Dies würde großen Druck abbauen und vielen Ländern in Afrika zum Beispiel den Sinn einer echten Partnerschaft in Sachen Rückführungen auch glaubhafter machen.

3. 2015 war die EU, mit Ausnahme von 3 Mitgliedstaaten, noch in der Lage mit qualifizierter Mehrheit über eine Verteilung der Aufnahme von Schutzsuchenden positiv abzustimmen.

Polen war vor Kaczyński bereit Solidarität zu zeigen. Das heißt der „Visegrad“-Block stand nicht, wie es heute der Fall ist, geschlossen auf der Seite der Unsolidarität. Im Oktober 2015 atmeten wir im Ministerrat auf: eine Entscheidung in Sachen „Relocation“ aus Italien und Griechenland war getroffen. Es war das Votum über die berühmten 140.000 Flüchtlinge die es zu verteilen galt.

Wie Sie sicher wissen wurde dieses Votum später angefochten, aber EU-Recht wurde dadurch geschaffen. Ein Faktum das im September 2017 vom EUGH in Luxemburg bestätigt wurde.

Das Urteil ist von bemerkenswerter Klarheit, ich zitiere:

„Der Rat war verpflichtet, den Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedsstaaten, einschließlich in finanziellen Hinsichten anzuwenden, der bei der Umsetzung der gemeinsamen Politik der Union im Asylbereich gilt.“

Und weiter:

„Befinden sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten in einer Notlage, (Italien oder Griechenland sind gemeint), müssen die Belastungen grundsätzlich auf alle anderen Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, im Einklang mit dem Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten“.

Wir wissen, dass das Umsetzen der „Relocation“ bei etwa 40.000 Menschen von 140.000 hängenblieb. Warum?

Einerseits weil das Umsetzungsverfahren viel zu lange Zeit in Anspruch nahm, aber vor allem auch, weil nach dem Urteil des EUGH vom September 2017 der ungarische Außenminister im Namen seiner Regierung spontan erklärte: „Jetzt geht der Kampf erst los“.

Will heißen, dass der Mitgliedstaat Ungarn nicht nur das Resultat einer legalen Abstimmung ablehnte, sondern auch die Rechtsprechung der obersten Gerichtsstanz der EU fürstlich ignorierte.

Im Jahre 2018 dann, bekamen Orban und Co vom Europäischen Rat, mit Zustimmung der Kommission, im Grunde genommen Recht, denn der EU Rat der Staats- und Regierungschefs hat, entgegen den elementarsten Regeln des institutionellen Gefüges in der EU, dem Ministerrat die alleinige Kompetenz in Gesetzesfragen entzogen und sich selbst zur letzten Instanz proklamiert. Ein Verfahren das ganz klar abseits der Europäischen Verträge steht.

Dieser Schritt war ein Meilenstein, weg von der Gemeinschaftsmethode hin zu einer intergouvernementalen Organisation die nichts mit der „europäischen Rechtsstaatlichkeit“ zu tun hat.

Die Chefs im EU-Rat fühlen sich allmächtig, die Kommission schweigt. Und Mitte 2018 beschließen sie in letzter Konsequenz, dass die Verantwortung und Solidarität nicht mehr auf der legalen Grundlage der Solidarität basiert, sondern nur noch freiwillige Solidarität gilt.

Was dies allerdings bedeutet zeigt das erbärmliche Gehabe, wenn auch nur eine kleine Zahl Menschen im Meer gerettet wird und die Verteilung in die EU Staaten ansteht. Der Bürger bekommt in diesem, oft wochenlangen, von gegenseitigen Vorwürfen durchsetztem Zwist, den Eindruck, eine neue Migrationskrise sei ausgebrochen.

Besonders schlimm dabei ist, dass Politiker wie Salvini, bei jeder dieser Operationen noch Zuwachs in den Umfragen erhalten. Andererseits stehen immer dieselben EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung um der Kommission zu helfen den Menschen auf den Schiffen, sehr oft auch Kinder und Frauen, eine Chance auf Aufnahme zu geben.

2/3 der EU-Länder stehen abseits und ihre Vertreter lachen über jene, die konkrete Solidarität zeigen.

Die Freiwilligkeit ist im Grunde eine Schande, sie lässt Indifferenz und Gleichgültigkeit in Fragen der Menschlichkeit zu.

Ich möchte hier meinen Freund Heinz Fischer, den früheren Präsidenten der Republik Österreich zitieren. In einem Artikel vom Januar dieses Jahres in der Wiener Zeitung schrieb er:

„Wenn eine Gruppe junger Männer bei erhöhter Lawinengefahr mit Skiern auf ungesichertem Gelände unterwegs ist, eine Lawine auslöst und etliche Menschen dabei ums Leben kommen, dann ist das eine Tragödie, über die auf den Titelseiten unserer Zeitungen berichtet wird. Und wenn die Bergrettung drei Verschüttete zeitgerecht lebend bergen und retten kann, dann ist die Freude und die Anerkennung, dass drei Menschen aus einer Gefahr, in die sie sich selbst begeben haben, gerettet werden konnten - zu Recht - riesengroß.

Wenn hundert Menschen in ein Flugzeug steigen, um von A nach B zu gelangen und das Flugzeug stürzt ab, dann ist das eine Katastrophe, die weltweit Schlagzeilen macht.

Wenn aber 140 Flüchtlinge an der nordafrikanischen Küste in Boote steigen um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, und dabei ums Leben kommen, weil die Boote im Sturm kentern, dann erfährt man

darüber - wenn überhaupt - aus einer kleinen Notiz auf Seite 5 einer Tageszeitung. Und die Reaktionen sind ganz anders.“

Er setzt fort:

„Muss einen das nicht nachdenklich machen? Ist das Leben von Männern, Frauen und Kindern, die zum Beispiel dem Krieg in Syrien entkommen wollen, weniger wert als das Leben von Passagieren eines Flugzeuges oder von Touristen in der Bergwelt? Das kann es ja wohl nicht sein!

Oder ist das Bemühen um Asyl, das eine Flucht vor Krieg und Diktatur möglich machen soll, inzwischen ein Makel, der die Betroffenen einer Aufmerksamkeit und mitfühlenden Anteilnahme weitgehend entzieht und sogar allfällige Retter in Verruf bringt?

Oder gibt es noch eine dritte Erklärung, die etwa folgendermaßen lautet: Seit der Aufklärung hat sich im europäischen Wertesystem der Gedanke durchgesetzt, dass zwar nicht alle Menschen gleich sind, wohl aber gleichwertig. Das heißt, dass es keine überlegenen Rassen, Nationen oder Volksgruppen und auch keine minderwertigen Rassen, Nationen oder Volksgruppen gibt. Am schönsten ist das im Artikel 1 der Menschenrechtsdeklaration ausgedrückt, wo es bekanntlich heißt: "Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde geboren: Sie sind mit

Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen." Dieser Satz ist ein Grundwert europäischer Verfassungen und des europäischen Rechtsstaates. Aber starke Kräfte, starke Vorurteile, starke Emotionen stellen sich immer wieder gegen dieses Grundprinzip. Das gibt niemand offen zu, aber es existiert in vielen Köpfen und führt zu vielfältigen Formen der Diskriminierung.“

Ein starker und prägender Text.

Europäer sein, heißt Fatalität hintenanstellen.

Es sei aber auch vermerkt, dass nicht alles falsch gemacht wurde in der EU. Die Hilfe in Höhe von 6 Milliarden an die Türkei um das Leben von Millionen Syrern, die in die türkische Gesellschaft aufgenommen wurden, zu erleichtern, um die Bildung ihrer Kinder oder ihre Gesundheitsversorgung zu verbessern, ist und bleibt, richtig. Es war und ist wichtig und richtig eine Partnerschaft mit Afrika anzustreben, und zwar eine Partnerschaft auf Augenhöhe.

Falsch ist es auch nicht Migration und Flucht in den Rahmen der Außenpolitik zu setzen. Leider bin ich der einzige Außenminister in der EU der auch Minister für Asyl- und Immigrationsfragen ist. Es gibt schon einen gravierenden Unterschied zwischen der Einstellung und der Herangehensweise der Innen- und Außenminister. Innenminister, die nur auf innere Sicherheit fokussiert sind, ticken natürlich anders als Außenminister die dem internationalen Kontext noch Gewicht beimessen.

Meine Damen und Herren,

Heute wird hier ein Mann geehrt dessen Mut ich sehr bewundere, dessen Wille und Einsatz um Menschen die in äußerst schwierigen Gegebenheiten leben, eine Chance zu geben, eigentlich ein Vorbild sein sollte. Kein Fall für die Justiz.

Vor einem guten Jahr war ich in Tripolis und habe dort Regierungsvertreter, sowie Vertreter verschiedener Milizen, getroffen. Ich habe mich desgleichen mit dem energischen, unerschrockenen, aufopferungsbereiten Universitätsprofessor der Sorbonne, Ghassan Salamé, der als Repräsentant des UNO-Generalsekretärs die Anarchie zu

bändigen versucht, unterhalten. Aus Aktualitätsgründen muss ich erwähnen, dass zurzeit die internationale Gemeinschaft eine militärische Operation in Libyen befürchtet, die angeführt wird vom General Haftar und damit alle Friedensbemühungen der UNO total unterwandert. Die physische Präsenz von UNO Generalsekretär Guterres in diesen Tagen in Libyen zeigt den Ernst der Lage. Wichtig wäre, wenn aus dem Nachbarland Ägypten klare Signale kommen würden die sich gegen militärische Gewalt aussprechen und dass der UNO Sicherheitsrat sich in aller Schärfe gegen militärisches Vorgehen ausspricht.

Natürlich habe ich auch bei meinem Besuch ein Flüchtlingslager das vom UN- Flüchtlingshilfswerk geführt wird, besucht. Ich habe mit den Menschen die dort untergebracht sind lange gesprochen. Ich müsste eigentlich sagen die dort eingesperrt sind. Denn jeder der sich ohne Visum in Libyen aufhält ist nicht frei. Libyen hat nie die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gutgeheißen.

Ja, die Internationale Organisation für Migration, die OIM, hat bis 2018 zirka 37.000 Menschen freiwillig aus Libyen in ihre Heimatländer zurückgeflogen. Die EU hat letztes Jahr für gut 700.000 Menschen

humanitäre Hilfe bereitgestellt. Und die hoch umstrittene libysche Küstenwache hat 2018 etwa 15.000 Menschen aus dem Meer geholt.

Ich weiß natürlich um die Probleme mit der Vorgehensweise der Coast Guards. Eine Initiative die auf Italien zurückgeht, auf den früheren Innenminister Minniti, und darauf abzielt eine Zusammenarbeit mit dem Bürgermeistern der libyschen Küstenstädte aufzubauen. Ja, die EU finanziert das Training dieser Wache und trägt damit auch Verantwortung für die angewandten Methoden.

An allererster Stelle muss aber sichergestellt sein, dass „gerettete Menschen“ nicht in Lager kommen wo Tortur, Gewalt, Vergewaltigungen geschehen.

Persönlich glaube ich, dass es nur einen Weg gibt der zum Besseren führt.

1.

Massive europäische finanzielle Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerkes, des UNHCR und der OIM, damit man die Flüchtlingslager in Libyen, alle Flüchtlingslager, den Händen der kriminellen Menschenschmuggler entziehen kann.

2.

So wie es der UNHCR vorgeschlagen hat, vor Ort, in Libyen, die Menschen die Schutz brauchen und bekommen können, identifizieren, um sie dann legal und sicher in die EU zu bringen. Dies auf der Basis eines vorher aufgestellten Verteilungsschlüssels.

Die Menschen die anhand der Genfer Konvention keinen Schutz bekommen können, mit Hilfe der OIM in ihre Heimat zurückbringen.

3.

Dies alles parallel zu Anstrengungen damit in Libyen eine neue Verfassung und Wahlen, Wirklichkeit werden können, um schrittweise Rechtstaatlichkeit zu schaffen.

Vor ein paar Wochen war ich im Norden Äthiopiens an der Grenze zu Eritrea. Ein Land mit 107 Millionen Einwohnern das in seinem Innern wieder gewaltige Probleme mit ethnischen Unruhen hat, begleitet von krimineller Gewalt und wo praktisch 3 Millionen Menschen intern vertrieben sind. Dies könnte leider sehr schnell den neuen

Premierminister Abyi gefährden und das Horn von Afrika vom Stabilisierungsprozess wieder abbringen.

Premierminister Abyi hat nach nur ein paar Monaten Amtszeit erreicht, dass an der Grenze von Äthiopien zu Eritrea nicht mehr auf Menschen die ihr Land verlassen wollen geschossen wird. Der EU-Rat, mit all seinen hohen Akteuren, sollte sich vielleicht zwei Tage Zeit nehmen und vor Ort verinnerlichen wie in Afrika, mit wenigen Mitteln die Auffangstrukturen in diesem Gebiet des Tigray funktionieren. Wie alte Menschen und viele alleinstehende Frauen mit Kindern, wie auch Waisenkinder aufgenommen werden, und Ihnen zu mindestens Wasser und ein Blechdach über dem Kopf zugestanden und Schutz gewährt wird.

Bescheiden, aber würdevoll.

Ein solche Reise würde vielleicht helfen manche EU Politiker wieder an ihre Menschlichkeit zu erinnern. Keiner würde es wagen im Ton der Populisten den Migrationspakt der Vereinten Nationen abzulehnen und mit „Pulleffekt“ zu argumentieren, oder herablassend von Asyltourismus

daherzureden, wenn sie diesen Menschen in die Augen schauen müssten.

Die Europawahl 2019 findet in ein paar Wochen statt. Eine Wahl nach dem Brexit-Referendum von 2016 und der Wahl von Donald Trump im selben Jahr.

Dieses Jahr 2016 wird als negativer Einschnitt in die Geschichte eingehen, auch in die Geschichte Europas.

Vielleicht sogar als Gegenpol zu 1989.

1989 wurden Türen geöffnet, 2016 wurden Türen zugeschlagen. Allerdings nicht die gleichen, was unsere Chance ist als Bürger Europas mit unserem Stimmrecht im Mai 2019 gegenzuhalten.

Genau jetzt ist der Zeitpunkt sich den Kräften entgegenzustellen die die Werte des Multilateralismus und den Respekt des internationalen Rechts sowie der inneren und äußeren Solidarität in der EU zur Unkenntlichkeit verbiegen wollen.

Die EU wird institutionell nicht zusammenbrechen.

Ob die EU allerdings, wenn die Orban's, Salvini's, Le Pen's, Gauland's und Co das Sagen haben, noch ein Garant für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sein wird, auf diese Frage ist klar mit NEIN zu antworten.

Es ist unsere Pflicht, ein Europa an unsere Kinder und Enkelkinder zu übergeben das nicht wieder in die Grausamkeiten des 20 Jahrhunderts zurückfällt.

Ein Europa, durchwachsen mit falschem Patriotismus, also Nationalismus, wird sich selbst wieder zerfleischen.

Ob schwarz, gelb, grün, rot, alles passt, nur braun passt nicht und hat nie gepasst.

Der Preisträger Claus-Peter Reisch und der Namensgeber des Preises Lew Kopelew sollten uns inspirieren und uns anspornen gegenzuhalten. Gegen die Gleichgültigkeit.